

Satzung über die Erhebung der Grundsteuer (Grundsteuerhebesatzsatzung) vom 18.11.2025

Der Gemeinderat der Stadt Ditzingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 18.11.2025 nachfolgende Hebesatzsatzung beschlossen.

Satzung über die Erhebung der Grundsteuer (Grundsteuerhebesatzsatzung) vom 18.11.2025

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung und §§ 2 und 9 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 1, 50 und 52 des Landesgrundsteuergesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Stadt Ditzingen am 18.11.2025 folgende Änderung der Grundsteuerhebesatzsatzung vom 12.11.2024 beschlossen:

§ 1 Steuererhebung

Die Stadt Ditzingen erhebt von dem in ihrem Gebiet liegenden Grundbesitz Grundsteuer nach den Vorschriften des Landesgrundsteuergesetzes für Baden-Württemberg.

§ 2 Steuerhebesätze

Die Hebesätze werden festgesetzt für die Grundsteuer

- a) für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf 480 v.H.,
- b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 250 v.H.

der Steuermessbeträge.

§ 3 Geltungsdauer

- (1) Der in § 2 a) festgelegte Hebesatz gilt bereits seit dem Kalenderjahr 2025.
- (2) Der in § 2 b) festgelegte Hebesatz gilt erstmals für das Kalenderjahr 2026.
- (3) Der in § 2 b) festgelegte Hebesatz gilt bis zum 31.12.2028. Der Hebesatz gemäß § 2 b) wird ab dem 01.01.2029 auf 200 v. H festgelegt.

§ 4 Grundsteuerkleinbeträge

Grundsteuerkleinbeträge im Sinne des § 52 Absatz 2 des Landesgrundsteuergesetzes für Baden-Württemberg werden fällig

- a) am 15. August mit ihrem Jahresbetrag, wenn dieser 15 Euro nicht übersteigt;
- b) am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrags, wenn dieser 30 Euro nicht übersteigt.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft.

Ditzingen, den 18.11.2025

Makurath
Oberbürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Absatz 4 Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Veröffentlicht im Ditzinger Anzeiger Nr. 51/52 vom 18. Dezember 2025